Fall Kasachstan

«Wir sollten nicht Schlepper von Lobbyisten sein»

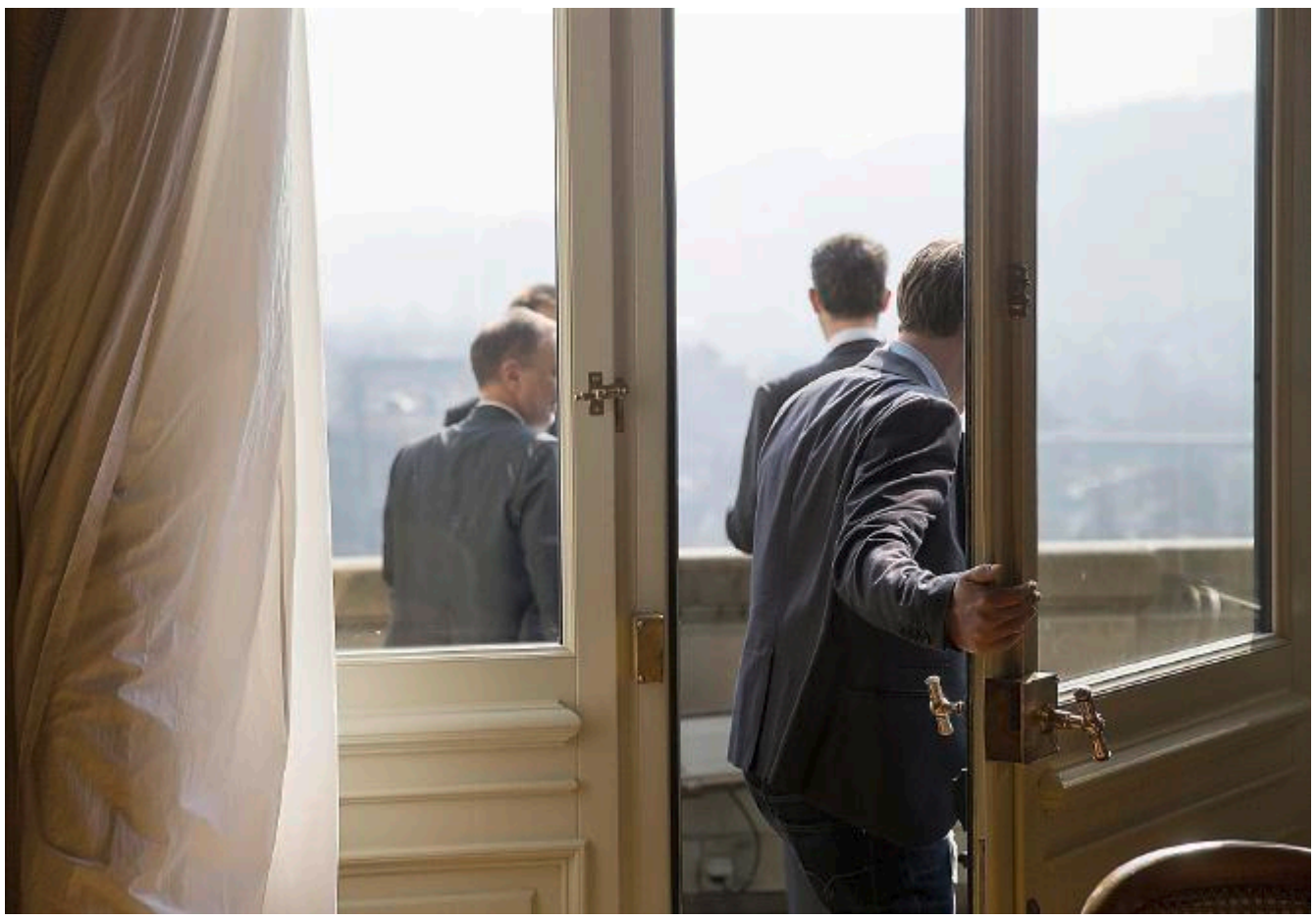
Andrea Caroni verteilt keine Zutrittsausweise. Auch 19 weitere Parlamentarier winken ab.

Iwan Städler

Jetzt hat auch FDP-Nationalrätin Corina Eichenberger genug vom Reputationsrisiko mit den Lobbyisten. Von ihr stammte der Badge, mit dem Kasachstan-Lobbyistin Marie-Louise Baumann in der Wandelhalle ein und aus ging. Die freie Mitarbeiterin der PR-Agentur Burson-Marsteller machte von sich reden, weil sie für Christa Markwalder eine Interpellation verfasste und diese von einem kasachischen Politiker redigieren liess. Auch leitete sie vertrauliche Informationen aus der Aussenpolitischen Kommission nach Kasachstan weiter.

Baumann muss künftig ohne Zutrittsausweis zur Wandelhalle auskommen. Eichenberger hat ihn gestern aufgrund der Kasachstan-Affäre zurückverlangt. Jedes Parlamentsmitglied darf zwei solche Badges verteilen. Auch den zweiten hat die Aargauer FDP-Nationalrätin gestern zurückgefordert. Bislang nutzte ihn Daniel Heller von Farner Consulting.

Damit gesellt sich Eichenberger zur Gruppe jener Parlamentarier, die bewusst keine Zutrittsausweise verteilen. Chantal Galladé zum Beispiel sagt, sie wolle mit keiner Lobbygruppe verbandelt sein. «Das ist für mich eine Prinzipienfrage», so die Winterthurer SP-Nationalrätin. Fast monatlich werde sie von irgendeiner Organisation angefragt, ob sie ihr nicht Zutritt zur Wandelhalle verschaffen könnte. Sie sage aber immer nein, weil sie unabhängig bleiben wolle.



Parlamentarier und Lobbyisten diskutieren auf dem Balkon vor der Wandelhalle. Foto: Peter Klaunzer (Keystone)

Weg mit dem Göttisystem

Auch bei Thomas Aeschi ist nichts zu holen. Der Zuger SVP-Nationalrat findet das Göttisystem «nicht mehr zeitgemäss». Ihm leuchtet nicht ein, warum Familienmitglieder, Freunde, persönliche Mitarbeiter und Lobbyisten alle über denselben Leisten geschlagen werden. «Überhaupt muss man sich fragen, ob in der Wandelhalle und in den benachbarten Vorzimmern lobbyiert werden soll», so Aeschi. Er vermisst einen Raum, in dem Parlamentarier ungestört und vertraulich miteinander sprechen können. Jetzt fänden solche Gespräche hinten im Nationalratssaal statt – und würden zum hohen Lärmpegel im Raum beitragen.

Andrea Caroni (FDP, AR) will die Interessenvertretung im Bundeshaus ebenfalls neu regeln, möchte die Lobbyisten aber nicht aus der Wandelhalle werfen. «Für uns Parlamentarier ist es einfacher, wenn sie vor Ort sind», sagt der FDP-Nationalrat. Das Göttisystem hält er aber für überholt. «Wir sollten nicht Schlepper von Lobbyisten sein.» Caroni verteilt denn auch keine Badges.

Vor drei Jahren reichte er eine Parlamentarische Initiative ein, die statt des Göttisystems eine Akkreditierung der Interessenvertreter verlangte. Die Mehrheit des Nationalrats lehnte aber ab, auch seine eigene Partei. Nebst Caroni stimmten nur zwei Freisinnige zu – darunter Christa Markwalder, nicht aber Parteipräsident Philipp Müller. Jetzt sagt Müller, das Parlament müsse grundsätzlich überlegen, wie es mit der Vergabe von Zutrittsausweisen an Lobbyisten umgehen wolle. Er selbst hat noch nie einen Badge vergeben. «Sobald man dies tut, wird man mit einer bestimmten Interessengruppe in Verbindung gebracht», mahnt der FDP-Präsident.

Wer so denkt, erweist nahestehenden Organisationen keinen Gefallen. Doch Galladé sagt: «Wir sind nicht gewählt, um gewissen Gruppierungen einen Gefallen zu machen. Wir sind unseren Wählerinnen und Wählern verpflichtet.» Deshalb müsse man das Göttisystem abschaffen. Da hätte auch Lobbyist Heller nichts dagegen. Er plädiert dafür, dass sich Interessenvertreter wie in anderen Ländern akkreditieren. So hätte auch er wieder Zutritt zur Wandelhalle.

Kommentar Seite 2

Die Renitenten Bei ihnen kriegt niemand einen Badge

Diese 20 National- und Ständeräte verteilen keine Zutrittsausweise:

9 FDP-Mitglieder:
NR Andrea Caroni (AR)
NR Corina Eichenberger (AG)
NR Olivier Feller (VD)
NR Gabi Huber (UR)
NR Philipp Müller (AG)
SR Raphaël Comte (NE)
SR Thomas Hefti (GL)
SR Martin Schmid (GR)
SR Georges Theiler (LU)

8 SVP-Mitglieder:
NR Thomas Aeschi (ZG)
NR Roland Büchel (SG)
NR Peter Keller (NW)
NR Hansjörg Knecht (AG)
NR Christian Miesch (BL)
NR Ernst Schibli (ZH)
NR Pirmin Schwander (SZ)
SR Roland Eberle (TG)

3 SP-Mitglieder:
NR Chantal Galladé (ZH)
SR Pascale Bruderer (AG)
SR Anita Fetz (BS)

Selbst ein Rüffel wird nur zurückhaltend erteilt

Was könnte Christa Markwalder nach ihrer Indiskretion drohen?

Martin Wilhelm

Als Kommissionsmitglieder geniessen Parlamentarier einen bevorzugten Zugang zu Informationen der Bundesverwaltung. Umgekehrt sind sie an das Kommissions- und an das Amtsgeheimnis gebunden. Das bedeutet: Was sie durch Kommissionsgeschäfte erfahren, dürfen sie nicht publik machen.

Verstossen Politiker gegen diese Vorschriften, kann dies ein Disziplinarverfahren zur Folge haben. In schweren Fällen kann sogar ein Strafverfahren gegen sie eröffnet werden. Beispiele aus der Vergangenheit zeigen aber: Schon für einen Rüffel sind die Hürden hoch.

Als Disziplinarmassnahmen kommen ein Verweis sowie ein vorübergehender Kommissionsausschluss in Betracht. Der Entscheid liegt beim jeweiligen Ratsbüro, das unter anderem aus den Fraktionspräsidenten besteht. Ihr Spielraum ist gross, denn im Parlamentsgesetz steht lediglich, dass das Büro Disziplinarmassnahmen aussprechen «kann». Betroffene Parlamentarier können dagegen aber Einsprache erheben: Akzeptieren sie die Disziplinarmassnahme nicht, hat der National- oder der Ständerat das letzte Wort.

2008 sprach das Nationalratsbüro gleich gegen fünf Nationalräte einen Verweis aus. Auslöser für diese Häufung von Indiskretionen war eine Aussage des damaligen Bundespräsidenten Pascal Couchepin. Er hatte an einer Sitzung der Wissenschaftskommission «Mörgele» statt «Mengele» gesagt, worauf neben SVP-Nationalrat Christoph Mörgeli selber auch seine Parteikollegen Oskar Freysinger und Lieni Füglistaller sowie die CVP-Mitglieder Jacques Neyrinck und Kathy Riklin Informationen über die Sitzung an die Öffentlichkeit trugen. Sie kamen aber glimpflich davon; der Nationalrat hiess ihre Einsprachen gegen die Verweise gut. Gleichzeitig und mit gleichem Resultat entschied er auch im Fall der Gewerkschafter Hugo Fasel und Paul Rechsteiner, die den Entscheid einer Kommission publik machten, bevor diese ihn selber kommunizierte.

Die Söhne informiert

Nach jenen Entscheiden haben sich die Ratsbüros mit Verweisen zurückgehalten. Wie Parlamentssprecher Mark Stucki sagt, wurden seither keine mehr ausgesprochen. Dies gilt auch für den jüngsten Fall, über den das Nationalratsbüro beriet: Der Freiburger SVP-Nationalrat Jean-François Rime hatte in einem Interview erklärt, er rufe jeweils seine Söhne an, wenn er in der Wirtschaftskommission gewisse Informationen erfahre. Nach einer Anhörung von Rime entschied das Büro, auf ein Verfahren zu verzichten.

Ob sich das Büro des Nationalrats auch im Fall Markwalder Zurückhaltung auferlegt, zeigt sich frühestens am 1. Juni. Dann findet die nächste Sitzung des Ratsbüros statt. Zumindest theoretisch kann sich ein Parlamentarier strafbar machen, wenn er geheime Informationen veröffentlicht. Das Parlamentsgesetz hält dazu fest, dass das Amtsgeheimnis auch für Parlamentsmitglieder gilt, sofern «Informationen zur Wahrung überwiegender öffentlicher oder privater Interessen geheim zu halten oder vertraulich sind».

Eine Strafverfolgung wegen Verletzung des Amtsgeheimnisses setzt allerdings voraus, dass das Parlament die Immunität des betreffenden Politikers aufhebt. Auch hier zeigt es sich zurückhaltend: Nachdem die Geschäftsprüfungskommission SVP-Nationalrat Toni Brunner 2007 wegen einer mutmasslichen Verletzung des Amtsgeheimnisses angezeigt hatte, verweigerte der Ständerat seine Zustimmung zu einer Strafverfolgung. Noch gar nie ausgesprochen seit dem Inkrafttreten des Parlamentsgesetzes wurde die schärfere der beiden Disziplinarmassnahmen, der Kommissionsausschluss.

Walter Müller muss Reisekosten doch selber zahlen

Die FDP rügt ihren Nationalrat Walter Müller, weil er sich zu einer Reise nach Kasachstan einladen liess. Nun muss er die Kosten nachträglich zahlen.

Daniel Foppa

Es kommt selten vor, dass eine Partei einen eigenen Nationalrat öffentlich abmahnt. Gestern musste dies der St. Galler FDP-Nationalrat Walter Müller hinnehmen. Der Grund: Müller liess sich 2014 zusammen mit dem abgewählten SVP-Nationalrat Christian Miesch auf eine PR-Reise in die kasachische Hauptstadt Astana einladen. Organisiert hat die Reise Marie-Louise Baumann von Burson-Marsteller, die Bezahlung besorgte Asat Peruaschew, Chef der regimenahen Partei Ak Schol. Laut Empfehlung der Ratspräsidenten sollten Parlamentarier Einladungen nur annehmen, wenn sie die Reisekosten selber tragen. Müller wurde deshalb gemäss FDP-Communiqué «von der Parteileitung gerügt und zur Einhaltung der Empfehlungen angehalten». Laut Parteichef Philipp Müller habe man Walter Müller aufgefordert, die Kosten nachträglich zu bezahlen. Müller habe eingewilligt. Wie er auf Anfrage erklärte, zahle er 1540 Franken für den Flug und 640 Dollar für vier Übernachtungen nach. Er werde Burson-Marsteller beauftragen, das Geld den entsprechenden Stellen zu überweisen. Die Juso wollen Müller derweil wegen Vorteilsnahme im Amt bei der Bundesanwaltschaft anzeigen.

Walter Müller.

Weiter will die FDP, dass Burson-Marsteller und Baumann alles tun, um «aufzuzeigen, welche Interessen sie, beziehungsweise ihre Auftraggeber, verfolgen». Dazu sollen sie alle Dokumente im Zusammenhang mit der Affäre offenlegen. Zudem fordert die Partei alle Fraktionsmitglieder auf, bis zur Klärung des Falls bei der Zusammenarbeit mit Burson-Marsteller «höchste Zurückhaltung an den Tag zu legen». Die FDP begrüsst es explizit, dass Nationalrätin Corina Eichenberger den an Baumann vergebenen Badge zurückgefordert hat.

Wasserfallen ändert nichts

Der einzige FDP-Parlamentarier, der damit weiterhin einer Burson-Marsteller-Vertreterin Zutritt zum Bundeshaus verschafft, ist Christian Wasserfallen: Einer seiner beiden Badges geht an Lebenspartnerin Alexandra Thalhammer, Senior Consultant bei Burson-Marsteller. Ohnehin pflegt Wasserfallen gute Beziehungen zu Burson-Marsteller: Die Agentur führt seinen operativen Wahlkampf, und auch die Geschäftsstelle des Nuklearforums, in dessen Vorstand Wasserfallen sitzt, wird von Burson-Marsteller geleitet. Wasserfallen will daran trotz der Aufforderung seiner Partei nichts ändern. «Ich habe nichts mit dem Fall Markwalder zu tun», sagt er. Ebenfalls nichts ändern will CVP-Parteipräsident Christophe Darbellay. Er vergibt einen Zutrittsbadge an Tim Frey. Der ehemalige CVP-Generalsekretär ist heute Leiter Public Affairs und Mitglied der Geschäftsleitung bei Burson-Marsteller.

Deren CEO Matthias Graf teilte gestern mit, man wolle den Fall «lückenlos» aufarbeiten und habe eine interne Untersuchung eingeleitet. Gegen die betroffene Mitarbeiterin würden Schritte in Betracht gezogen, sollte sie Standards zu Transparenz und Mandatsführung oder gar Gesetze verletzt haben. Bis zur Klärung des Falls gelte die Unschuldsvermutung. Am 1. Juni wird auch das Büro des Nationalrats den Fall überprüfen. Es wird sich insbesondere mit der Weitergabe vertraulicher Akten aus der Aussenpolitischen Kommission befassen. Markwalder übergab die Dokumente Baumann – die sie ihren Auftraggebern in Kasachstan weiterreichte.